

# **BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG**

**Nr. 62-2 vom 14. Mai 2019**

## **Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

beim 10. Petersberger Klimadialog  
am 14. Mai 2019 in Berlin:

Sehr geehrte Frau Umweltministerin Schmidt Zaldívar,  
sehr geehrte, liebe Kollegin Svenja Schulze,  
sehr geehrte Damen und Herren und Teilnehmer am Petersberger Klimadialog, der  
in der Tat nach Ruhrgebietszählung schon lange Tradition ist – aber beim zehnten  
Mal wird selbst in Berlin etwas zur Tradition –,

ich möchte Sie alle hier in Berlin zu dieser Veranstaltung herzlich willkommen heißen.  
Es freut mich sehr, dass Chile und Deutschland gemeinsam den diesjährigen Peters-  
berger Klimadialog ausrichten. Ich bitte Sie, ganz herzliche Grüße an Präsident Piñera  
zu übermitteln.

Wir haben erfahren, dass Chile große Ambitionen hat. Das freut mich. Die geografi-  
sche Distanz zwischen unseren Ländern ist zwar beträchtlich, aber das gemeinsame  
Wollen ist erkennbar. Deshalb freut es mich, dass es hier eine sehr gute Zusammen-  
arbeit gibt.

Die nächste Konferenz wird in rund einem halben Jahr stattfinden. Es ist guter Brauch,  
dass immer in der Mitte zwischen diesen Konferenzen der Petersberger Dialog mit  
vielen wesentlichen Akteuren versucht, die Weichen zu stellen und die Dinge voran-  
zubringen.

Gegenüber den vergangenen Jahren hat sich etwas verändert. Es hat sich nicht nur  
verändert, dass das Thema als solches weiter an Bedeutung gewonnen hat. Weltweit  
treffen jetzt auch Kinder und Jugendliche immer freitags zum Schulstreik für den

Schutz des Klimas zusammen und machen Druck auf die Politiker weltweit. Ehrlich gesagt, ist das natürlich alles andere als bequem. Aber ich will ausdrücklich sagen: Das ist verständlich. Denn aus der Perspektive junger Menschen stehen unsere Natur und unser Zusammenleben zur Disposition. Sie fühlen, dass sie vor dieser Katastrophe warnen und den heutigen Akteuren sozusagen Dampf und Druck machen müssen. Das sollten wir aufnehmen und in Handeln umsetzen.

Das Klimaabkommen von Paris aus dem Jahr 2015 gibt das Versprechen ab, dass wir dem Klimawandel wirksam begegnen und seine Folgen begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es sowohl des globalen Handelns als auch der jeweils nationalen Beiträge. Jedes Land ist aufgefordert, seinen eigenen Weg zu beschreiten. Aber es stellt sich eben auch die Aufgabe, die globalen Zusammenhänge zu erkennen und dafür zu sorgen, dass wir weltweit vorankommen. Es ist völlig klar – das ist seit Beginn der Klimadiskussion auch immer wieder gesagt worden –, dass wir eine gemeinsame Verantwortung haben, aber aus sehr unterschiedlichen Situationen heraus agieren. Das heißt, dass wir die unterschiedlichen Situationen in den verschiedenen Regionen der Welt auch berücksichtigen, wenn es darum geht, Klimapolitik global zu gestalten.

Auf der einen Seite geht es darum, Emissionen von CO<sub>2</sub> und anderer klimaschädlicher Gase zu reduzieren. Auf der anderen Seite geht es auch um Resilienz, also um Widerstandsfähigkeit, um mit den Folgen des Klimawandels fertigzuwerden. Dabei gilt es, die Kosten der Klimaschäden auf möglichst viele Schultern zu verteilen. Als Instrument dafür haben sich Versicherungslösungen durchaus etabliert und können auch weiterentwickelt werden. Während unserer G7-Präsidentschaft und der G20-Präsidentschaft in den Jahren 2015 und 2017 haben wir die Globale Partnerschaft für Klimarisikoversicherungen ins Leben gerufen und weiterentwickelt. Damit sollen bis 2020 zusätzlich 400 Millionen Menschen gegen Klimarisiken abgesichert werden. Wir kennen solche Absicherungen in Industriestaaten. Sie sind dort gang und gäbe. In wirtschaftlich schwächeren Ländern sind sie noch nicht so ausgeprägt. Aber gerade sie sind ja die Länder, die die Folgen des Klimawandels besonders zu spüren bekommen.

Daher wollen wir auch in und mit der Globalen Anpassungskommission den politischen Stellenwert der Anpassung an den Klimawandel steigern. Wenn wir beispielsweise mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele Armut und Hunger bekämpfen wollen und dabei ja

auch einige Fortschritte erreicht haben, dann darf uns das natürlich in keiner Weise ruhig stimmen, sondern wir dürfen uns über die Gefahren nicht täuschen lassen. Klimabedingte Naturkatastrophen können und werden Hunger und Elend wieder verschärfen, wenn wir nicht handeln. Die Landwirtschaft wird leiden. Immer mehr Menschen werden den ländlichen Raum verlassen. Und auch die Anfälligkeit für politische Instabilität und Terrorismus wird wachsen. Dem müssen wir uns entgegenstemmen. Ich habe mir bei einem Besuch in drei westafrikanischen Ländern in den letzten Tagen wieder angeschaut, wie schwierig die Situation ist. In Ländern wie Burkina Faso, Niger oder Mali kann man dieses Zusammenspiel sehr gut, aber eben auch sehr leidvoll beobachten.

Wenn wir beim Klimaschutz versagen, sind angesichts der wachsenden Weltbevölkerung Konflikte geradezu vorprogrammiert, weil Ressourcen zunehmend knapper werden. Das ist auch der Grund dafür, dass Deutschland als nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat derzeit auch einen Schwerpunkt auf das Thema Sicherheit und Klimaschutz legt. Ich freue mich auch sehr, dass Sie das Thema Frauen hier diskutiert haben. Auch das ist ja ein Thema der deutschen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat – auch in dem Monat, in dem wir die Präsidentschaft innehatten. Ich denke, Frauen als Akteure zu ertüchtigen und zu befähigen, ist auch im Zusammenhang mit Sicherheit und Klimaschutz von besonderer Bedeutung.

Klimaschutz und Resilienz kosten Geld, das ärmere Staaten nicht ausreichend aufbringen können. Daher haben die Industrieländer zugesagt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für diese Staaten aufzubringen. Für Deutschland kann ich nur wiederholen, dass wir zu diesem Ziel der 100 Milliarden US-Dollar stehen und bis 2020 unsere öffentliche Klimafinanzierung verdoppeln werden.

Für die Förderung einer emissionsarmen und klimaresilienten Entwicklung ist auch die Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds sehr wichtig. Dieses Thema wird auf der diesjährigen Klimakonferenz in Chile eine besondere Bedeutung haben. Deutschland hat angekündigt, seinen Beitrag zum Grünen Klimafonds im Vergleich zur ersten Auffüllungsrunde zu verdoppeln. Wir haben uns vorgenommen, insgesamt 1,5 Milliarden Euro bereitzustellen. Es würde mich freuen, wenn sich dem möglichst viele Länder

anschlüssen und ihre Beiträge ebenfalls substanziell erhöhten. Mit Blick auf die besonders betroffenen Länder will ich sagen: Auch wenn es um große Zahlen geht, müssen wir aber aufpassen, dass daraus auch Projekte werden. Denn vieles wird in Töpfen getan. Aber wenn man dann auf kleinen Inseln oder anderswo nachfragt, was denn nun vor Ort wirklich angekommen und geschehen ist, dann zeigt sich, dass der Weg vom Pledging über den Fonds bis hin zur Umsetzung des Projekts oft ein sehr langer ist, obwohl die Zeit drängt.

Letztlich müssen wir als Weltgemeinschaft dafür sorgen, dass die globalen Finanzflüsse insgesamt stärker als bislang auf Nachhaltigkeit und auf die Ziele des Pariser Abkommens ausgerichtet werden. Deshalb kann ich nur begrüßen, dass sich auf Initiative von Chile und Finnland eine Finanzministerkoalition gebildet hat, der auch Deutschland beigetreten ist. Die verabschiedeten Helsinki-Prinzipien machen deutlich, was eine klimafreundliche Finanzpolitik ausmacht.

Es kommt natürlich auch auf geeignete Rahmenbedingungen an, um privates Kapital für den Klimaschutz zu mobilisieren und klimafreundliche Investitionen anzuregen. Investoren müssen und sollen sehen, dass es sich lohnt, in moderne Effizienztechnologien zu investieren statt in ressourcenverschlingende Anlagen. Viel zu lange Zeit waren Innovation und Wachstum mit mehr Rohstoffverbrauch und mehr Schadstoffemissionen verbunden. Dies können wir uns auch angesichts der wachsenden Weltbevölkerung nicht länger leisten. Dabei kommt es besonders darauf an, dass Industriestaaten ihre Innovationsfähigkeiten noch mehr im Sinne von Nachhaltigkeit nutzen.

Bei uns in Deutschland gibt es sehr oft die Diskussion, dass wir doch nur einen geringen Anteil an den CO<sub>2</sub>-Emissionen hätten; von uns hänge doch gar nicht so viel ab. Den Menschen, die so diskutieren, muss man immer und immer wieder sagen: Wir haben einen unglaublichen Ressourcenverbrauch bereits hinter uns, womit auch wir die Weichen dafür gestellt haben, dass die Welt heute in einer so schwierigen Lage ist. Deshalb haben wir angesichts unseres Wohlstands auch die Verantwortung, für klimafreundliche Innovationen in ganz besonderer Weise da zu sein. Diese Diskussion müssen wir in den entwickelten Industrieländern führen.

Deutschland hat bei der Entwicklung erneuerbarer Energien einiges geleistet und ist hiermit sozusagen in Vorleistung getreten. Wir haben relativ hohe Förderkosten auf uns genommen, bevor diese Technologien jetzt fast Marktreife erlangt haben. Wir haben gesehen, dass Skalierungseffekte dazu geführt haben, der Wirtschaftlichkeit doch sehr nahezukommen. Heute zeigt es sich, dass wir über Ausschreibungen zum Beispiel für die Vergabe von Windenergien an vielen Stellen ohne zusätzliche Subventionen Windenergie erzeugen können.

Es ist also eine Frage der Gerechtigkeit, dass Industrieländer klimafreundliche Technologien entwickeln und zum Einsatz bringen, da sie eben über lange Zeit Hauptverursacher klimaschädlicher Emissionen gewesen sind. Es ist eine weitere Frage der Gerechtigkeit, dass sie sich auch für den Technologietransfer verantwortlich fühlen. Das heißt, dass wir zum Beispiel im Rahmen unserer Entwicklungspolitik Einführungsmöglichkeiten in anderen Ländern suchen, um dann auch dort zu marktreifen Produkten zu kommen. Das wird im Übrigen unsere Entwicklungspolitik in den nächsten Jahren verändern. Wir müssen Entwicklungspolitik in Zukunft stärker sozusagen als Scharnier zu einer marktwirtschaftlichen Nutzung von Innovationen begreifen. Heute verlaufen marktwirtschaftliche Mechanismen der Wirtschaft einerseits und Entwicklungspolitik andererseits häufig noch auf völlig getrennten Gleisen. Wir müssen im Grunde dazu kommen, dass ein Teil von Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit auch auf einen Transfer von Innovation hin zu einem marktreifen Produkt vor Ort abstellt.

Technologische Neuerungen spielen also eine wichtige Rolle für die Transformation hin zur globalen Treibhausgasneutralität. In diesem Zusammenhang gibt es neben vielem, was uns Sorge machen kann, auch sehr viele positive Beispiele. Ich will Chile nennen. Wir sehen dort einen bemerkenswerten Aufschwung erneuerbarer Energien. Windenergie, Fotovoltaik und Solarthermie verzeichnen seit fünf Jahren hohe Wachstumsraten. Ich finde es auch sehr schön, dass die deutsch-chilenische Zusammenarbeit in diesem Zusammenhang Früchte trägt. Costa Rica ist ein weiteres Beispiel. Das Land arbeitet an einer Energie-, Verkehrs- und Agrarwende mit dem Ziel von Nullmissionen bis 2050. Auch China weist ein weiterhin beachtliches Wachstum der erneuerbaren Energien auf. 2018 haben sie dort bereits mehr als ein Viertel zur Stromproduktion beigetragen. Wenn man sich überlegt, dass China ein sehr großes Land

mit einer sehr großen Bevölkerung ist, dann sieht man, dass das etwas ist, was im weltweiten Maßstab auch wirklich Wirkung zeigt und deutlich macht, mit welcher Entschiedenheit sich China der Herausforderung des Klimawandels stellt.

Wir sehen sehr große Potenziale für erneuerbare Energien in Afrika. So bringt sich Deutschland auch in den „Compact with Africa“ mit ein. Das ist eine Initiative, die wir während unserer G20-Präsidentschaft entwickelt haben. Hierbei geht es darum, Investitionen in Afrika anzureizen – darum, afrikanische Länder dazu zu ermutigen, ihre gesamte Finanzpolitik transparenter auszurichten, die Kreditwürdigkeit zu verbessern und auch deutsche Unternehmen dazu aufzufordern, gerade in diesen Ländern zu investieren. Im Rahmen unserer bilateralen Reformpartnerschaften zum Beispiel mit Ghana und der Elfenbeinküste haben wir schon recht gute Erfolge erzielt.

Die Transformationsfortschritte dürfen sich nicht nur auf den Energiebereich beschränken. So stellt zum Beispiel der indische Bundesstaat Sikkim seine Landwirtschaft auf 100 Prozent ökologischen Landbau um. Drei weitere indische Bundesstaaten planen dies ebenfalls. Auch das ist ein Beitrag für den Klimaschutz.

Aber wir sind uns einig – ich könnte natürlich noch viele gute Beispiele aufzählen –, dass das alles noch nicht ausreicht, um unsere Ziele wirklich zu erreichen. So sehen wir nach wie vor, dass die Erwärmung in den nördlichen Polarregionen zunimmt. Eisflächen und Permafrostböden drohen zu verschwinden, was dann die Erderwärmung noch weiter anheizt.

Wir wissen, dass es im Klimawandel Kippunkte gibt, die sehr schwer vorauszusagen sind, die dann aber auch neue große und qualitative Auswirkungen haben werden. Deshalb muss es uns auch mit Sorge erfüllen, dass lange Hitze- und Dürreperioden ihre Folgen zeigen. Die Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die FAO, schätzt, dass die weltweite Getreideernte im aktuellen Agrarjahr 2018/19 nicht ausreichen wird, um den Verbrauch zu decken. Wir sehen also an einigen Stellen, dass es wirklich im wahrsten Sinne des Wortes an die Reserven geht. Auch Stürme und Überschwemmungen tragen dazu bei. Und wir wissen, dass das viele Menschenleben kostet und viel Leid verursacht.

Wir sehen, dass der Klimawandel eine Tatsache ist. Ich begrüße es deshalb sehr, dass uns der Generalsekretär der Vereinten Nationen zusätzlich zu der Klimakonferenz in Chile für den September auch noch einmal als Staats- und Regierungschefs zu einem Gipfel der Vereinten Nationen eingeladen hat, um zu sehen, welche Fortschritte wir seit der Verabschiedung des Abkommens in Paris erreicht haben. Ich werde daran teilnehmen. Er wird dort auch noch einmal Druck machen. Und Frau Schulze hat natürlich recht: Mit dem Thema Klimaschutz darf man die Umweltminister nicht allein lassen, sondern jeweils das ganze Kabinett und damit auch die politische Leitung jedes Landes muss dahinterstehen.

Jetzt komme ich zu Deutschland. Wir haben uns, wie es in Europa auch verabredet wurde, Ziele gesetzt. Beim ersten Ziel für 2020 gibt es – das muss man ganz offen sagen – eine Lücke zu dem, was wir bezüglich der Frage „Werden wir das umsetzen können?“ in Aussicht genommen haben. Wir haben uns für 2020 ein sehr ambitioniertes Ziel vorgenommen. Es gab von 1990 bis 2010 eine CO<sub>2</sub>-Reduktion um 20 Prozent – also 20 Prozent innerhalb von 20 Jahren. Das beinhaltete noch den gesamten Strukturwandel nach der deutschen Wiedervereinigung. Wir haben dann gesagt: Von 2010 bis 2020 wollen wir noch einmal 20 Prozent schaffen. Das erweist sich jetzt doch als nicht ganz einfach. Umso mehr fühlen wir uns verpflichtet, jetzt bei den Zielen für 2030 deutlich zu machen: Diese müssen wir erreichen.

Deshalb ist es nicht immer bequem, aber richtig, dass die Umweltministerin darauf beharrt, dass wir dazu auch rechtliche Rahmensetzungen vornehmen. Uns kann zwar erfreuen, dass die Treibhausgasemissionen im letzten Jahr um 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken sind. Das liegt unter anderem auch daran, dass wir erneuerbare Energien inzwischen zum wesentlichen Pfeiler unserer Energieversorgung ausgebaut haben. Weit mehr als jede dritte verbrauchte Kilowattstunde in Deutschland kommt jetzt aus Wind-, Wasser-, Solar- oder Bioenergie. Womit wir große Schwierigkeiten haben, ist, den Leitungsausbau zeitgerecht voranzubringen, damit die Energie von einem Teil Deutschlands auch in die Teile transportiert werden kann, in denen mehr Strom gebraucht wird. Das drängt, weil wir ja Anfang der 20er Jahre auch aus der Kernenergie aussteigen werden und damit noch einmal vor großen Herausforderungen stehen werden.

Wir haben in den letzten Monaten einen großen Erfolg errungen, der uns bis 2030 auch sehr helfen wird. Wir haben in einer umfassend zusammengesetzten Kohlekommission Einigkeit darüber hergestellt, bis 2038 aus der gesamten Kohleverstromung auszusteigen. Das ist im Hinblick auf die Rolle der Kohle und im Hinblick auf die Tatsache, dass wir vorher aus der Kernenergie aussteigen, wirklich ein Kraftakt. Dass parteiübergreifend und vor allen Dingen auch zwischen Umweltverbänden und deutscher Wirtschaft vereinbart wurde, den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2038 vorzunehmen, ist eine sehr wichtige Wegmarke. Wir werden nächste Woche im Kabinett die Eckpunkte für die betroffenen Regionen beschließen, da die Menschen in den betroffenen Kohleproduktionsregionen natürlich fragen: „Was wird aus uns, was bedeutet das für unsere Zukunft?“ Die entsprechenden strukturellen Zusagen müssen wir dann auch einhalten. Eines ist nämlich auch wichtig: Wir müssen gesellschaftliche Akzeptanz für diesen Wandel haben; und das heißt, eine breite Diskussion zu führen.

Ich glaube also, vor uns liegt noch viel Arbeit. Wir werden noch vor Ende dieses Jahres die Maßnahmen in Bezug darauf beschließen, wie wir vorgehen wollen. Wir diskutieren noch über verschiedene Mittel und Wege. Es gibt ja in der Europäischen Union für einen Teil der Emissionen, insbesondere im Industriebereich, einen Zertifikatehandel. Nach langem Ringen ist die Menge jetzt sozusagen auch wieder so weit austariert, dass man einen signifikanten CO<sub>2</sub>-Preis für die Zertifikate hat. Aber für die Bereiche Verkehr, Wohnen und Landwirtschaft haben wir ein solches Instrument noch nicht. Wir werden uns fragen müssen: Welches ist das richtige Instrument? Welcher Mix aus Ordnungsrecht und marktwirtschaftlichen Methoden ist der richtige Weg, um auch in der Landwirtschaft, im Verkehr und im Bereich des Bauens, im Gebäudebereich, die CO<sub>2</sub>-Emissionen so zu verringern, dass wir unsere Ziele für 2030 – eine Reduktion in Höhe von 55 Prozent – auch wirklich erreichen? Das wird nicht einfach, da Deutschland zum Beispiel ein Transitland ist. Im Verkehrsbereich zählt jeder, der bei uns tankt. Das können deutsche Autohalter und Lkw-Halter sein, es können aber auch polnische oder französische sein oder andere aus unserer Nachbarschaft.

Wir müssen schauen, dass wir auch viele europäische Maßnahmen haben. Die haben wir auch. Europa hat ja einen sehr detaillierten Plan hinsichtlich der Budgets für die Zeit von 2020 bis 2030, die jedem Mitgliedstaat zur Verfügung stehen. So kann und



muss man jetzt im Grunde in jährlichen Scheiben vorgehen und die jeweiligen Ziele erreichen. Und das muss dann auch wirklich verlässlich umgesetzt werden. Ansonsten wird das eine sehr teure Angelegenheit. Ansonsten müssen wir für viel Geld Zertifikate kaufen. Das Geld können wir besser investieren, wenn wir unsere Ziele einhalten.

Nun gibt es eine neue Diskussion. Die schließt an das an, was auch in Paris gesagt wurde. In Paris wurde gesagt, dass man „in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken“ erreichen soll. Darüber, wie die „zweite Hälfte des Jahrhunderts“ zu definieren ist, gibt es eine Debatte. Sie wird unstrittig im Jahr 2050 beginnen. Deshalb haben neun europäische Länder unter der Führung von Frankreich gesagt: Wir wollen die Klimaneutralität 2050 erreichen.

Auch wir in Deutschland führen jetzt eine Diskussion darüber. Und ich will hier an dieser Stelle ganz deutlich Folgendes sagen: Es geht um Klimaneutralität. Das heißt, es muss nicht sichergestellt werden, dass es überhaupt keine CO<sub>2</sub>-Emissionen mehr gibt, sondern man muss, wenn es noch CO<sub>2</sub>-Emissionen gibt, alternative Mechanismen dafür finden, wie man diese Emissionen kompensieren kann. Das kann man etwa durch Aufforstungen machen – das ist in entwickelten Ländern begrenzt möglich –; und das kann man durch CO<sub>2</sub>-Speicherung tun. Die CO<sub>2</sub>-Speicherung ist in Deutschland sehr umkämpft. Viele Menschen haben Sorgen. Andere Länder nehmen diesen Weg ins Auge.

Ich schlage vor – ich habe das der Umweltministerin gerade gesagt –, dass wir im Klimakabinett, das wir haben, eine Diskussion darüber führen, wie wir dieses Ziel, 2050 klimaneutral zu sein, erreichen können. Die Diskussion soll sich nicht darum drehen, ob wir es erreichen können, sondern darum, wie wir es erreichen können. Wenn wir darauf eine vernünftige Antwort finden, dann können wir uns der Initiative der neun Mitgliedstaaten der Europäischen Union anschließen. Ich würde mir wünschen, dass wir das können. Ich möchte aber auch, dass wir nicht einfach Ja sagen, sondern dass wir das untermauern und es fundiert betreiben. Unser Klimakabinett ist der richtige Ort dafür, diese Diskussion miteinander zu führen.

Damit zeigt sich: Wir haben als Bundesregierung viel zu tun. Es gibt den Kohleausstieg, die 2030er Ziele; und wir blicken in Richtung 2050. Wir wissen noch nicht ganz genau, was wir in zehn, 20 Jahren technologisch können werden. In der Zeit ab 2030 wird es vielleicht Dinge geben, die wir heute noch gar nicht genau überblicken können. Aber ich glaube, wenn wir uns keine ehrgeizigen Ziele setzen, dann werden wir auch große Schwierigkeiten damit haben, überhaupt den Weg dorthin zu finden. Deshalb ist die Zielsetzung über lange Zeiträume hinweg richtig. Und deswegen werden wir hierbei auch sehr intensiv miteinander ringen.

Die Frage lautet ja nicht „Was kostet es uns, diese Ziele zu erreichen?“, sondern die Frage lautet: Wie viel mehr würde es uns kosten, wenn wir nichts täten? Leider sind noch nicht alle auf der Welt davon überzeugt, dass das die richtige Fragestellung ist. Ich bin es. Deshalb ist es aus meiner Sicht richtig, sich auf langfristige Wege zu machen, weil dann die Anpassungskosten geringer sind, als wenn man ad hoc entscheiden muss. Das ist das, was uns leitet. Ich bin sehr froh, dass Chile mit an unserer Seite ist und dass Sie alle, die Sie hier sind, auf diese und jene Weise Ihren Beitrag dazu leisten, dass wir das Pariser Abkommen auch wirklich umsetzen.

Meine politische Laufbahn hat unter anderem mit der Berliner Konferenz begonnen, bei der wir das Kyoto-Protokoll vorbereitet haben. Wir haben dann sehen müssen, dass die verpflichtenden, völkerrechtlich bindenden Ziele sozusagen nicht der Weg waren, auf dem wir wirklich vorangekommen sind. Aber wir haben nach Kopenhagen dann in Paris mit dem Erreichen des Pariser Abkommens einen Weg gefunden, der es sehr viel mehr Ländern möglich macht, den Weg der CO<sub>2</sub>-Reduktion mitzugehen. Dabei geht es um nicht völkerrechtlich bindende Verpflichtungen, aber zum Schluss geht es darum, für die gesamte Welt etwas Bindendes zu erreichen. Das appelliert nun an die Verantwortung von jedem. Deutschland will seinen Beitrag dazu leisten und wird seinen Beitrag dazu leisten. Ich freue mich, dass wir dabei bei Weitem nicht allein sind auf der Welt.

Herzlichen Dank.

\* \* \* \* \*